Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Spendenkonto
DPG – IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10

Rundbrief Dezember II 2022

Es ist ein Krieg gegen das palästinensische Volk

Die 102 Jahre alte großartige Holocaust-Überlebende Frau ***Margot Friedländer*** hat kürzlich mit wenigen Sätzen geradezu eine Botschaft verkündet: „Es gibt kein christliches, kein moslemisches, kein jüdisches Blut. Es ist alles menschliches Blut. Wir sind alle gleich." Der seit dem 7. Oktober tobende Verteidigungskrieg Israels gegen die Hamas ist zu einem Angriffskrieg gegen die gesamte palästinensische Bevölkerung geworden. Führende israelische Politiker: innen haben sich zu Beginn des Gaza-Krieges mehrfach hierzu in diesem Sinne geäußert.

Berichten zufolge hat der israelische ***Staatspräsident Jitzchak Herzog*** in einer Rede zu Beginn des Krieges auf die Hamas folgendes gesagt: *„Eine ganze Nation ist verantwortlich für die Taten der Hamas. Sie hätten gegen das teuflische Regime kämpfen können…*", weiter heißt es, dass es *„keine unschuldigen Zivilistinten:inne in Gaza gibt*". In dem *medico* Rundschreiben 04/12 heißt es: „Traurigerweise trägt die Mehrheit in Israel heute Wut und Rachesucht im Herzen. Dies spiegelt sich im sehr problematischen Diskurs der extremen Hetze durch Personen des öffentlichen Lebens und durch führende Politiker: Innen wider". Hierzu gehört eben auch der israelische Präsident *Jitzchak Herzog.* Seine Aussage verunglimpft die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung und stellt sie in einen dermaßen Generalverdacht, für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gewesen zu sein.

Gerade am 6. Oktober wurde eine Studie der amerikanischer Wissenschaftlerin ***Amaney Jamal*** veröffentlich, in der festgestellt wird, dass selbst die Bevölkerung im Gazastreifen die Hamas ablehnt, unter der sie leidet. Wie der Krieg die Menschen in Gaza verändern würde, lasse sich noch nicht abschätzen, folgert Jamal. Und ich füge hinzu, dass die Menschen im Gazastreifen keine Regierung unter der Hamas haben möchten.

Der amtierende israelische ***Verteidigungsminister Yoav Gallant*** gab bekannt: "*Wir kämpfen gegen menschliche Tiere*" und drohte *„und wir handeln dementsprechend*."

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu eröffnete eine seiner Reden mit einem Zitat aus dem 5. Buch Mose: *„Erinnere Dich an das, was dir Amelek angetan hat!*" Was er nicht aussprach, aber im Buch Samuel steht, ist, dass Gott den Israeliten gebietet, die Amalikiter **auszurotten**. Die Amaliker galten als die Urfeinde der Israeliten – und nun sollen die Palästinenser die (Jetzt)Feinde der Israelis sein? *„Verschone sie nicht, sondern töte Mann und Frau, Kind und Säuglinge, Rinder und Schafe…*", heißt es weiter. Netanjahu hat bewusst nicht weiter zitiert, was jede Jüdin und jeder Jude die Fortsetzung kennen. Und so wird aus dem mit der Selbstverteidigung begründete Verteidigungskrieg gegen die Hamas ein „biblischer"

Vernichtungskrieg gegen die zivile palästinensische Gesellschaft, wenn Natanjahu damit droht: *„Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen*." Nicht geringerer als der ***US-Präsident Jo Biden*** hat Netanjahu ermahnt, nicht im Zorn und in Rache eine Politik zu betreiben, wie die amerikanische Politik einst nach dem Nine-Eleven verfolgt hatte.

Bundespräsident Steinmeier fordert Distanzierung von Hamas

»Herr Präsident, ich bin wütend und verletzt«

Eine Antwort auf Frank-Walter Steinmeier VON YASSIN MUSHARBASH

Am 8. November hielt Frank-Walter Steinmeier eine Rede zum »Runden Tisch zum friedlichen Zusammenleben«. Sie enthält sehr wichtige und sagenswerte Passagen. Trotzdem bin ich, seit ich sie gelesen habe, wütend und verletzt. Denn mittendrin klafft leider ein Loch. Eine Leerstelle des Verständnisses, die ich und andere mit ähnlicher Herkunftsgeschichte als ausgrenzend empfinden. Ich möchte das erklären.

Im neunten Absatz seiner Rede wendet sich der Bundespräsident ausdrücklich an »die Menschen mit palästinensischen oder arabischen Wurzeln in Deutschland«. Darauf folgen drei Bitten: »Lassen Sie sich von den Helfershelfern der Hamas nicht instrumentalisieren! Sprechen Sie für sich selbst! Erteilen Sie dem Terror eine klare Absage!« Sonst nichts.

Ich gehöre zum angesprochenen Personenkreis. Ich kann mich nicht erinnern, dass ein Bundespräsident uns je gezielt adressiert hätte. Und bei dieser Premiere ist nun die erste Hausaufgabe, die mein Staatsoberhaupt mir aufgibt: Ich möge mich nicht zum Instrument von Terroristen und Mördern machen lassen? Im Ernst?

In dieser Bitte verbirgt sich eine Gemeinheit: Sie suggeriert eine Anfälligkeit. Im Ablauf der Rede ist das sogar doppelt greifbar, denn nur einen Absatz davor sagt Steinmeier noch völlig richtig: »Die Hamas spricht nicht für die Palästinenserinnen und Palästinenser.« Aber anscheinend traut er seinen eigenen Worten nicht. Sicher ist sicher, doppelt hält besser: »Erteilen Sie dem Terror eine klare Absage!«

Was diese Sätze schmerzhaft macht: Sie verkennen, wie viele von uns »Menschen mit palästinensischen oder arabischen Wurzeln in Deutschland« mit der Hamas nichts zu tun haben wollen. Dass viele von uns potenzielle (oder tatsächliche) Opfer von Islamisten sind. Weil wir queer sind oder weil wir trinken, weil wir selbstständig denken, weil wir für Kunst-, Meinungs- und Pressefreiheit eintreten, weil wir jüdische und/oder israelische Freundinnen und Freunde haben, weil wir Christen sind oder Atheisten, weil wir wählen, weil wir glücklich sind, nicht unter der Hamas leben zu müssen. Und von uns verlangt der Bundespräsident, dass wir Nein zum Terror sagen, als gäbe es da eine unbeantwortete Frage? Wie bitte?

Der Präsident hätte Gemeinschaft stiften können: eine Allianz aller, die Terror und Antisemitismus ablehnen. Ohne Ansehen von Herkunft. Stattdessen hat er eine Risikogruppe definiert: »Menschen mit palästinensischen oder arabischen Wurzeln in Deutschland«.

Stell dich nicht so an! Ihr seid ja nicht gemeint! – so antworten einige, wenn ich sage, dass ich mich vom Bundespräsidenten unverstanden fühle. Aber was soll das heißen? Dass die guten Araber in das große, kuschelige Wir eingeschlossen sind? Als bestünde mein Problem darin, dass ich gerne dazugehören würde, aber jemand hält die Tür zu. Ich gehöre dazu. Aber ausgerechnet mein Bundespräsident sagt mir, ich soll mir erst mal die Hände waschen, bevor ich mich an den Tisch setze.

Stell dich nicht so an! Wir Biodeutschen müssen uns ständig vom NSU und von den Nazis distanzieren – so antworten andere. Nein, liebe Leute, das ist nicht dasselbe. Erstens verlangt das keiner ständig, das ist nur ein Topos. Und zweitens: Niemand suggeriert, jeder Deutsche sei anfällig für Nazismus.

»Sprechen Sie für sich selbst«, fordert mich der Bundespräsident auf. Danke für die Einladung, auch wenn sie etwas herablassend ist. Ich würde es gerne umdrehen, Herr Präsident, wenn Sie erlauben: Ich würde gerne einmal für Sie sprechen. Hier ist der Absatz, der in Ihrer ansonsten starken Rede gefehlt hat:

»Ich wende mich heute auch an Sie, die Menschen mit palästinensischen oder arabischen Wurzeln in Deutschland: Wir wissen, wie viele von Ihnen in diesen Tagen helfen, den Zusammenhalt in diesem Land zu bewahren. Wie viel Sie erklären müssen und wie oft Sie sich missverstanden oder unverstanden fühlen. Das ist anstrengend. Aber wir benötigen Ihre Hilfe. Wir sehen, wie auf unseren Straßen immer wieder gegen Juden, gegen Israel gehetzt wird. Die Hamas verherrlicht wird. Ich bitte Sie: Helfen Sie mit, dass Mörder und Terroristen in diesem Land keinen Fußbreit an Einfluss gewinnen.«

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Gazastreifen nach dem Krieg

„Die Frage, welchen Plan Israel für die 2,2 Millionen Menschen in Gaza nach dem Ende des Krieges habe, stellt sich bald nicht mehr. Weil es schlicht kein Gaza mehr geben wird, in dem Menschen leben könnten", schreibt der erfahrene Kriegsberichterstatter ***Christoph Reuter*** in einem düsteren Spiegel-Kommentar.

Er schreibt: „Zwei Monate nach Beginn der israelischen Bombardements lässt sich aus dem bisherigen Geschehensverlauf analysieren, welche Richtung dieser Krieg nehmen wird. Am 9. Oktober hatte Verteidigungsminister ***Yoav Gallant*** eine »vollständige Belagerung« des Gazastreifens angekündigt. Es werde »keinen Strom, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff« geben: »Wir bekämpfen menschliche Tiere«, sagte er und meinte damit die gesamte Bevölkerung. Auch die Trinkwasserzufuhr wurde gekappt. Seither sind, vor allem auf Druck der US-Regierung, zwar immer wieder Lieferungen durchgelassen worden, die aber nur wenige Prozent der benötigten Mengen ausmachten.

Gleichzeitig begannen Luftangriffe gegen täglich mehrere Hundert »Terrorziele« erst im Norden, nach einer einwöchigen Waffenpause und der Freilassung eines Teils der Geiseln auch im Süden des Gazastreifens. Diese Bombardements sind von solch verheerender Wucht, dass Gaza-Stadt mittlerweile stärker zerstört ist als Dresden 1945, so **Robert Pape**, amerikanischer Luftkriegsexperte. Getroffen wurden neben meist mehrstöckigen Wohngebäuden auch Schulen, Moscheen, Kirchen, Bibliotheken, Regierungsgebäude, Uno-Gebäude, Krankenhäuser, die Stadtverwaltung, das oberste Gericht, kurz: das kulturelle und administrative Rückgrat der Stadt."

Die Prognose ist noch düsterer: „Wie wird der Krieg weitergehen? Es gibt keine Zwangläufigkeiten, aber aus Äußerungen des Kriegskabinetts, der übrigen Minister, amtierender und ehemaliger Offizieller und dem bisherigen Kriegsverlauf lässt sich ein plausibles Szenario entwerfen. ***Giora Eiland***, ein ehemaliger Generalmajor und Nationaler Sicherheitsberater unter ***Ariel Sharon***, befürwortete in einem Kommentar den Ausbruch von Seuchen in Süd Gaza, »nicht, weil wir grausam sind, sondern weil uns das unserem Ziel näherbringt«. Finanzminister ***Bezalel Smotrich*** bekundete seine »absolute Zustimmung«. Eine »zweite Nakba«, benannt nach der Vertreibung von 700.000 Palästinensern im Zuge der Staatsgründung Israels, wird immer wieder gefordert.

Als bloßes »Positionspapier« bezeichnete Netanyahus Büro Ende Oktober einen Verlaufsplan aus dem randständigen Geheimdienstministerium, das allerdings den bisherigen Kriegsverlauf präzise abbildet: Mittels massiver Angriffe solle die Bevölkerung Gazas schrittweise von Norden nach Süden gedrängt und schließlich über die Grenze auf den Sinai in Ägypten »transferiert« werden. Etwas, wogegen sich Ägyptens Regierung massiv wehrt. Doch wenn dieser Krieg allen Appellen zum Trotz so weitergeführt wird wie bisher, dann dürfte die Lage darauf hinauslaufen: dass zwei Millionen Menschen, hungernd, krank, verletzt, ihr Leben retten wollen. Wohin auch immer."

Özoguz für Neupositionierung im Nahostkonflikt

Die Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestags ***Aydan Özoguz*** (SPD) fordert eine Neupositionierung der deutschen Bundesregierung im Nahostkonflikt. Man verurteile Terror und Terrororganisationen, man stehe an der Seite des Staates Israel als Zufluchtsort für Juden weltweit, schreibt *Özoguz* in einem Gastbeitrag für den Tagesspiegel (Mittwochsausgabe vom 6.12.2023).

Bis zu ihrer Wahl zur Vizepräsidentin des Bundestages war Aydan Özoguz Mitglied im Beirat der DPG.

"Wir verurteilen gleichzeitig jeden Generalverdacht und sind nicht immer mit allem einverstanden, was die israelische Regierung in Gaza oder dem Westjordanland macht." Das hieße aus Sicht von Özoguz "selbstbewusst Verantwortung zu übernehmen", wie sie schreibt. Die SPD-Politikerin vermisst in der deutschen Debatte derzeit politische Positionen, die sich mit einem Ende des Konflikts auseinandersetzen: "Auf die Frage, was eigentlich am Ende dieses Krieges steht, herrscht derzeit viel Stille." Kaum jemand könne sich derzeit ausmalen, wie Gaza und das Westjordanland aussehen werden und "wer radikale Siedler von ihrer Vertreibungspolitik abhalten wird und kann", so Özoguz.

Sie kritisiert, dass auch das Streben nach einer - im Koalitionsvertrag der Regierung festgehaltenen - **Zwei-Staaten-Lösung** nicht mit politischen Ideen unterlegt wird. "Wenn es zu einer Zwei-Staaten-Lösung kommen sollte, bleibt offen, wer die palästinensische Seite so regieren kann, dass der Terror dort aufhört und ein vernünftiger Staat überhaupt entstehen kann", schreibt die SPD-Politikerin. "Wenn `Nie wieder ist jetzt` ernst gemeint ist, dann müssen wir gemeinsam Antworten finden auf ein friedliches Leben für Israelis und Palästinenser, auch hier in Deutschland."

Sie hoffe deshalb, dass die Personen und Organisationen "wieder lauter werden", die an einem friedlichen Zusammenleben in Deutschland interessiert seien. "Wir brauchen die, die sich trauen, die trotz widriger Umstände miteinander reden und sich streiten, aber letztlich auch Solidarität miteinander bekunden und friedlich zusammenleben wollen." *Özoguz* zeichnet ein düsteres Bild der aktuellen gesellschaftlichen Stimmung. "Ein tiefer Riss droht durch unser Land zu gehen. Viel Frustration auf allen Seiten, tief verletzt und verständnislos ziehen sich mehr und mehr Menschen zurück", schreibt die Bundestagsvizepräsidentin.

Sie beklagt Grundrechtseinschränkungen, wenn etwa Demonstrationen gegen den Krieg in Gaza unterbunden würden. Juden, die das Handeln der israelischen Regierung kritisieren, würden kaum öffentliche Beachtung finden. Ebenso wenig Imame, die sich solidarische mit Juden zeigten. "Und andere sagen, dass sie lieber nichts sagen, weil sie als Antisemiten abgestempelt würden", so *Özoguz*.

Salma Abuzaina im Deutschlandfunk

Immer wieder werden wir nach palästinensischen Mitgliedern zur Beantwortung von Interviews und Gespräche gefragt. Unsere Vermittlungsversuche werden mit vielen nachvollziehbaren Gründen abgelehnt: Befürchtungen und Bedenken im sozialen Umfeld oder Repressalien von Angehörigen durch israelische Stellen in der Heimat und schlechte Erfahrungen mit der deutschen Presse. **Salma Abuzaina** hat auf unsere Vermittlung die Herausforderung als DPG-Mitglied angenommen und die palästinensische Stimme sehr gut vertreten. Wir danken Salma für den Mut und die hervorragende Aufklärung.

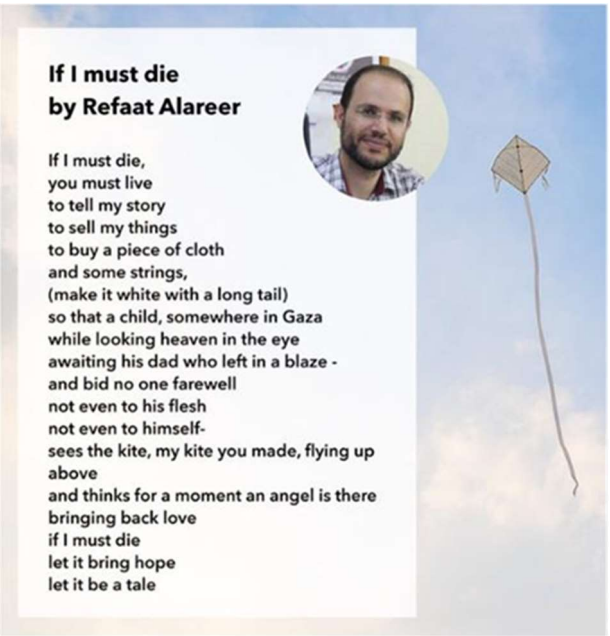
Wie viel Aufmerksamkeit bekommt das Sterben in Gaza?
Salma Abuzaina von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft mit der Journalistin und Nahost-Expertin *Kristin Helberg*. 09.12.2023

https://www.deutschlandfunk.de/fokus-nahost-wie-viel-aufmerksamkeit-bekommt-das-sterben-in-gaza-dlf-92a64781-100.html

Der palästinensische Lyriker Refaat Alareer mit Familienangehörigen getötet

Der Bombenkrieg der israelischen Armee in Gaza forderte schon in den nunmehr schon 8 Wochen zigtausend Tote, darunter eine hohe Zahl Kinder, Mütter und Alte. Aber es wird nicht nur Leben von der israelischen Armee ausgelöscht, sondern in der Folge des völkerrechtwidrigen Tötens in der Zivilbevölkerung auch eine entwickelte palästinensische Kunst und Literatur. Jüngstes Beispiel der ohne jede Rücksicht und angebliche Vorsicht bei dem Versuch die Hamas-Strukturen zu zerschlagen ist die Tötung eines der wichtigsten literarischen Stimmen Palästinas, des Dichters und Professors für Lyrik. *Refaat Alareer* ist jetzt mit großen Teilen seiner Familie durch die Bomben der israelischen Armee umgekommen. Ein schwerer Verlust einer der wichtigsten literarischen Stimmen Palästinas. Hier ein Gedicht von ihm, das die ganze Tragik seines Todes durch israelische Bomben im Nachhinein wie eine Ahnung verdeutlicht:

Wenn ich sterben muss
von *Rafaat Alareer*



wenn ich sterben muss, musst du überleben, um meine Geschichte zu erzählen, meine Sachen zu verkaufen, um ein Stück Stoff und ein paar Schnüre zu kaufen, (mache es weiß mit einem langen Schwanz), damit ein Kind, irgendwo in Gaza den Himmel in die Augen schaut, das auf seinen Vater wartet, der in Flammen aufgeht - und niemandem Lebewohl sagt, nicht einmal seinem Fleisch, nicht einmal sich selbst. Er sieht den Drachen, meinen Drachen, den du gemacht hast, oben fliegend und denkt für einen Moment, ein Engel sei da, der die Liebe zurückbringt, wenn ich sterben muss, lass es Hoffnung bringen, lass es eine Geschichte sein.
Übersetzung: Nazih Musharbash

Zoom-Veranstaltung – Morgen, 11.12.2023

Am Montag den 11.12.23 um 19.30 Uhr veranstaltet die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. eine Zoom- Veranstaltung hierzu mit Christopher Resch:

Christopher Resch ist seit 2021 Pressereferent im Berliner Team der internationalen Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen (RSF) mit Fokus auf den Nahen Osten (MENA) und Südosteuropa. Er hat in Leipzig und Istanbul Journalistik und Arabistik studiert und anschließend für das Goethe-Institut in Ägypten und Saudi-Arabien gearbeitet. Er ist Herausgeber des Sammelbands „Medienfreiheit in Ägypten" (von Halem Verlag, 2015). Vor seiner Tätigkeit für RSF war er seit 2014 für taz, Deutsche Welle, Deutschlandfunk und weitere Medien als freier Journalist zu MENA-Themen tätig. Seit 2018 arbeitete er zudem als freier Referent im Themenfeld Islam und Geflüchtete.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, hier ist der link für die Teilnahme an dem Vortrag mit anschließender Diskussion:

https://us02web.zoom.us/j/81563477565?pwd=RXpacU0zc3EvdEF5UjQ0R3VldE8wUT09